

WORKING PAPER 12

HOFFNUNGSTRÄGER PRSP

Eine Bilanz der ersten Jahre

Karin Küblböck

Mitarbeit von Katharina Jarmai

SEPTEMBER 2006

INHALTSVERZEICHNIS

Zusammenfassung	3
Abstract	4
1. Einleitung	5
2. PRSPs als Teil einer neuen Entwicklungsagenda	6
3. Eigenverantwortung (Ownership)	7
3.1. <i>Grundsätzliches</i>	7
3.2. <i>Konditionalitäten</i>	8
3.3. <i>Effektiver Staat</i>	10
3.4. <i>Politic matters</i>	11
4. Donor Alignment and Harmonisation	11
5. Inhaltliche Schwerpunkte und Qualität der PRSPs	13
5.1. <i>Zusammenhang zwischen Wachstum und Armutsminderung</i>	13
5.2. <i>Inhaltliche Konsistenz des PRSPs</i>	14
5.3. <i>Abstimmung mit Budget und nationalen Strategien</i>	15
5.4. <i>Alternative Politikoptionen</i>	15
6. Partizipation	16
7. Schlussfolgerungen	17
Literatur	20

IMPRESSUM

Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung - ÖFSE
Wissenschaftsbereich
Für den Inhalt: Karin Küblböck; Mitarbeit von Katharina Jarmai
A-1090 Wien, Berggasse 7
Tel. ++43 / 1 / 317 40 10-200
Fax ++43 / 1 / 317 40 15
E-Mail: office@oefse.at
WEB: <http://www.oefse.at> und <http://www.eza.at>

Zusammenfassung

Die PRSP-Initiative hat wesentlich dazu beigetragen, das Thema Armutsminderung von internationalen Deklarationen in politische Strategien münden zu lassen, denen sowohl bilaterale und multilaterale Geber als auch Regierungen in Entwicklungsländern verpflichtet sind. Auch die Notwendigkeit einer besseren Koordination und Anpassung der jeweiligen Geberstrategien ist durch die Initiative in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt.

Das vorliegende Dokument analysiert angelehnt an die Kernprinzipien des PRS-Ansatzes bisherige Erfahrungen mit der Formulierung und Umsetzung von PRS-Strategien. Dabei wird auf die Themen Ownership, Geberharmonisierung und -anpassung, inhaltliche Qualität der PRSPs sowie Partizipation eingegangen und Herausforderungen aus den jeweiligen Abschnitten skizziert.

Ein Hauptziel der PRSP-Initiative ist die Herstellung von Ownership, also, dass eine umfassende Armutsminderungsstrategie von der Regierung unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft eigenverantwortlich erstellt und getragen werden soll. Die bisherigen Erfahrungen mit der Formulierung und Umsetzung der PRSPs zeugen noch von beträchtlichen Schwächen. Das Konzept erweist sich immer noch stark als „Donor driven instrument“, die Prozesse haben in den meisten Ländern bisher keine breite institutionelle Verankerung erfahren. Außerhalb des „eisernen Dreiecks“ – Regierungsbeamte, international vernetzte NGOs und Geberorganisationen ist es nur sehr unzureichend gelungen, andere Akteure einzubinden.

Eine Voraussetzung für nachhaltige Strategieformulierung und die Herstellung von Ownership ist ein effektiver und legitimierter Staat – d.h. Regierungen und Verwaltungen, die dem Wohl der Gesamtgesellschaft verpflichtet sind. Dies kann nur durch einen nationalen politischen Prozess zustande kommen. Fehlt diese Voraussetzung, sind auch die Durchführung einer nachhaltigen Armutsminderungsagenda und die Erreichung von gesetzten Entwicklungszielen unwahrscheinlich. PRSPs können daher kein Allheilmittel sein, sondern spielen hier eine unter- (bzw. nach-) geordnete Rolle.

Die internationale Entwicklungspolitik hat durch unterschiedliche Praktiken in der Vergangenheit wesentlich zu einer Schwächung der Regierungskapazitäten beigetragen. Heute gilt ein effektiver und legitimierter Staat mit funktionierenden Institutionen als wesentliche Voraussetzung für wirksame entwicklungspolitische Strategien. Neben von vielen Gebern angewandten Strategien zum (Wieder)Aufbau von administrativen Kapazitäten stellt sich die Frage, ob und wie Geber in anderen Bereichen dazu beitragen können und sollen, die Entstehung und den Aufbau eines legitimen Staates zu fördern.

Der PRSP-Ansatz hat dazu beigetragen, international das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer verstärkten Anpassung und Koordination der jeweiligen Entwicklungsstrategien zu schaffen, sowie für die Notwendigkeit verbindlicher und vorhersehbarer Mittelflüsse. Dieses Bewusstsein in die Praxis umzusetzen stellt für die Gebergemeinschaft noch eine wesentliche Herausforderung und einen langfristigen Prozess dar.

Die Tatsache, dass die PRSPs im institutionellen Gefüge der Empfängerländer oft nur unzureichend verankert sind, wirkt sich auch auf ihre inhaltliche Konsistenz aus. Insbesondere die PRSPs der ersten Generation sind oft eine umfassende Auflistung von verschiedenen Zielen und Maßnahmen, in denen sich jeder Geber mit seinem bestehenden Programm leicht wieder findet. Die Prioritätensetzung sowie die Abstimmung mit dem nationalen Budget sowie nationalen Planungsprozessen sind oft unzureichend. Eine Konsequenz der fehlenden Operationalisierung der PRSPs sowie in der Folge auch der jährlichen Fortschrittsberichte ist, dass sich die Geber in Realität nur marginal an letzteren orientieren, da diese ihren Quali-

tätsanforderungen nicht entsprechen. Stattdessen werden weiterhin eigene Assessments erstellt bzw. die Einschätzungen des IWF übernommen.

Der Fokus auf Armutsminderung, den die internationale Entwicklungspolitik in den letzten Jahren verstärkt hat, hat einiges dazu beigetragen, die Ursachen und Dimensionen von Armut besser zu verstehen. Bei der Frage des armutsmindernden Wachstums existiert jedoch weiterhin eine relativ hohe analytische Schwäche. Es gibt bisher keinen empirisch eindeutig feststellbaren Zusammenhang zwischen bestimmten politischen Maßnahmen und dadurch ausgelöstem armutsmindernden Wachstums. In diesem Bereich sind vermehrte Forschungsanstrengungen notwendig.

Die PRSP-Initiative hat in etlichen Ländern zu einer Koordinierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und zu einem gesteigerten Bewusstsein bzgl. Mitsprachemöglichkeiten geführt. In den jeweiligen Phasen des PRSP-Prozesses (Erstellung, Umsetzung, Monitoring) sind sehr unterschiedliche Intensitäten von zivilgesellschaftlicher Beteiligung zu verzeichnen. In der Erstellungsphase waren zivilgesellschaftliche Akteure in unterschiedlichen Formen vertreten, in vielen Fällen war es jedoch unklar, ob und wie ihre Inputs in die PRSPs einfließen. In der Phase der Umsetzung sowie des Monitoring spielten bisher zivilgesellschaftliche Organisationen nur in Ausnahmefällen eine Rolle.

Voraussetzung für effektive Partizipation ist vor allem der politische Wille der jeweiligen Regierungen sowie die Bereitschaft der Geber, die Beteiligungsprozesse zu unterstützen sowie heterodoxe Politikvorschläge zu akzeptieren. Wenn es weiterhin nicht klar ist, ob und wie die Ergebnisse dieser Prozesse in die politischen Strategien einfließen, wird das Hauptergebnis zunehmend „participation fatigue“ lauten.

Vom zukünftigen Umgang mit den Herausforderungen, die sich im Rahmen der bisherigen Erfahrungen mit der PRSP-Initiative herauskristalisieren wird es abhängen, ob die Initiative als eine weitere Abkürzung in die Geschichte der internationalen Finanzinstitutionen eingehen und von einem wohlklingenden Folgekonzept abgelöst werden oder auch in Zukunft eine Basis für nachhaltige Armutsminderung und Entwicklung bilden wird.

Abstract

Die PRSP-Initiative has substantially contributed towards mainstreaming poverty reduction in international development policies and towards enhancing the necessity of harmonisation and alignment. The paper analyses various aspects of the experiences made so far with the initiative - ownership, donor alignment, quality and participation – and outlines some important challenges for its future.

1. Einleitung

Poverty Reduction Strategy Papers (PRSPs) bilden heute – sieben Jahre nach ihrer Einführung – eine wesentliche Grundlage für Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit. Das Konzept der Poverty Reduction Strategy Papers wurde 1999 bei der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank verabschiedet und kann als ein Ergebnis vieler Debatten und Kontroversen über Entwicklungszusammenarbeit gesehen werden, die in den 1990er Jahren geführt wurden.

Seit der Einführung der Initiative ist die Formulierung eines PRSP Voraussetzung für Schuldenerlass und für konzessionelle Kredite der Internationalen Finanzinstitutionen. Auch zahlreiche bilaterale Geber orientieren ihre Entwicklungshilfeleistungen, insbesondere die Gewährung von Budgethilfe an der Erstellung eines PRSP und dessen Annahme durch IWF und Weltbank.

Mittlerweile haben rund 70 Länder einen PRS-Prozess initiiert, 49 davon haben ein endgültiges PRSP verabschiedet darunter 11 Schwerpunkt- und Partnerländer der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit sowie 3 Länder der Schwerpunktregion Südosteuropa. In etlichen Ländern wird mittlerweile eine „zweite Generation“ von PRSPs ausgearbeitet, fünf der österreichischen Schwerpunkt- und Partnerländer – Burkina Faso, Nicaragua, Senegal, Tansania und Uganda, haben das zweite PRSP bereits abgeschlossen (Stand September 2006).

Die ÖFSE beschäftigt sich seit 2001 mit dem Thema PRSP. Im Rahmen des Projektes wurden etliche Studien erstellt sowie Veranstaltungen und Diskussionsprozesse organisiert. Die in diesem Zusammenhang von der ÖFSE verfassten Dokumente und Studien sind unter http://www.oefse.at/german/publikat/publ_index.htm abrufbar. Im Juni 2003 wurde eine Bilanz erstellt, die Ergebnisse der durchgeführten Vor-Ort Recherchen sowie Diskussionsprozesse zusammenfasste. Dieses Dokument, das auf Basis von vorliegenden Studien erstellt wurde, soll die Fortschritte bei der Initiative sowie den aktuellen Stand der Diskussion reflektieren.

In der Folge werden angelehnt an die Kernprinzipien des PRSP-Ansatzes bisherige Erfahrungen mit der Formulierung und Umsetzung von PRS-Strategien skizziert und analysiert.

Die Analyse gliedert sich wie folgt auf: Zu Beginn wird auf die Empfängerseite eingegangen und die Frage gestellt, inwieweit die Umsetzung der Initiative dem Ziel der Eigenverantwortung (Ownership) durch die Empfängerländer gerecht wird. Im Anschluss wird die Geberseite beleuchtet und auf das Thema der Geberharmonisierung sowie der Rechenschaftspflicht und Verantwortung eingegangen. Der folgende Teil beschäftigt sich mit Aspekten, die die inhaltliche Qualität der PRSPs betreffen. Im letzten Kapitel werden bisherige Erfahrungen im Bereich der zivilgesellschaftlichen Partizipation skizziert. Schlussfolgerungen, die aus den verschiedenen Kapiteln abgeleitet werden, schließen das Papier ab.

Tabelle: Abgeschlossene PRSPs der österreichischen Schwerpunkt- und Partnerländer

Land	Datum des PRSP	Anzahl der abgeschlossenen PRSP	Schwerpunkt/ Partnerland
Äthiopien	Juli 2002	1	S
Bhutan	August 2004	1	S
Burkina Faso	Mai 2000 Juli 2004	2	S
Mosambik	April 2001	1	S
Nicaragua	Juli 2001 November 2005	2	S
Uganda	März 2000 April 2005	2	S
Albanien	November 2001	1	O
Bosnien und Herzegovina	März 2004	1	O
Serbien und Montenegro	Februar 2004	1	O
Kenia	März 2004	1	P
Nepal	Mai 2003	1	P
Ruanda	Juni 2002	1	P
Senegal	Mai 2002 Mai 2005	2	P
Tansania	Oktober 2000 Juni 2005	2	P

Quelle: <http://www.worldbank.org/prsp>, Stand September 2006

2. PRSPs als Teil einer neuen Entwicklungsagenda

Eingebettet in die neue Entwicklungsagenda – reflektiert unter anderem im Monterrey Consensus, den Deklarationen von Rom und Paris¹ – zielt der PRSP-Ansatz auf eine Erhöhung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit ab. Die Einführung der Initiative folgte einer Erkenntnis aus jahrzehntelangen Erfahrungen, dass eine formulierte Politik nur dann nachhaltig umgesetzt wird, wenn die Strategien von Regierung und Gesellschaft als ihre eigenen betrachtet und getragen werden. Daraus folgt, dass Reformen nicht von außen auferlegt werden können. Eine weitere Erkenntnis war, dass es für eine effektive Umsetzung von Strategien eine möglichst breite Beteiligung und Unterstützung in der Gesellschaft braucht. Die Lancierung der PRSP-Initiative war gleichzeitig das Eingeständnis, dass zwei Jahrzehnte Strukturanpassung gescheitert sind und weder zu Wirtschaftswachstum und Armutsminderung noch zu einer nachhaltigen Schuldensituation beigetragen haben.

Nach Erstellung des PRSP sollen, diesem Ansatz zufolge, die Geber ihre Prioritäten an die im Entwicklungsland – mit breiter zivilgesellschaftlicher Beteiligung – formulierten Armutsminderungsstrategien anpassen. Gleichzeitig sollen die Geber ihre Politiken auch untereinander koordinieren. Ziel ist ein Ende der weit verbreiteten Praxis, dass viele Geber ihre eigenen Prioritäten und Strategien unabhängig voneinander verfolgen und die Implementierung oft an lokalen und nationalen Regierungsstellen vorbei erfolgt. Der Prozess des „Harmonisation and Alignment“ soll von den Autoritäten des Entwicklungslandes selbst angeleitet werden. Diese Änderungen sollen ebenfalls zu einer erhöhten Wirksamkeit der Leistungen führen.

¹ Details dazu siehe z.B. Six 2006

Der PRSP-Ansatz ist eng mit dem Finanzierungsinstrument der Budgethilfe verbunden und stellt eine Voraussetzung dafür da, da ein mittelfristiger gesamtheitlicher Entwicklungsplan die Basis für Budgethilfeleistungen darstellt.

Aufbauend auf oben angeführten Überlegungen basiert der PRSP-Ansatz auf 5 Kernprinzipien:

1. Die PRSP sollen von den Regierungen der betroffenen Länder in Eigenverantwortung (Ownership) unter umfassender Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Betroffenen (Partizipation) erarbeitet werden.
2. Die PRSP sollen ergebnisorientiert sein und sich auf die Maßnahmen konzentrieren, die den Armen zu Gute kommen.
3. Die PRSP sollen umfassend sein und damit der multidimensionalen Natur von Armut Rechnung tragen, d.h. sowohl soziale als auch makroökonomische, strukturelle und sektorale Politikmaßnahmen umfassen.
4. Die PRSP sollen auf Zusammenarbeit ausgelegt sein, so dass sowohl bi- und multilaterale Geber als auch NROs an dem Prozess beteiligt und eingebunden werden können.
5. Die PRSP sollen auf einer langfristigen Perspektive der Armutsreduzierung basieren.

3. Eigenverantwortung (Ownership)

3.1. Grundsätzliches

Ein Hauptziel der PRSP-Initiative ist die Herstellung von Ownership, also, dass eine umfassende Armutsminderungsstrategie von der Regierung unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft eigenverantwortlich erstellt und getragen werden soll. Um das Ausmaß der vorhandenen Ownership einschätzen zu können, ist die genauere Betrachtung verschiedener Faktoren zielführend (Killick 1998, Booth 2003). Wesentlich ist einerseits, von wem die Initiative für Reformen ausgeht. Weiters muss betrachtet werden, inwieweit die Reformen auf unterschiedlichen Ebenen Unterstützung finden: auf der politischen Führungsebene, auf Beamtenebene, sowie durch relevante zivilgesellschaftliche Akteure. Entscheidend ist weiters, ob die Maßnahmen im politischen und administrativen System verankert werden, es also zu einer Institutionalisierung der Reformen kommt.

Killick definiert als Idealfall von Ownership:

„...wenn die politische Führungsebene und ihre Berater, mit einer breiten Unterstützung von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, aus eigenem Willen entscheiden, dass Politikänderungen wünschenswert sind; wenn diese Führungsebene die Reformen sowie ihren Zeitpunkt auswählt; wenn diese Reformen im politischen und administrativen System verankert werden“ (Killick 1998, 87 – Übersetzung durch die Autorin).

Die bisherigen Erfahrungen mit der Formulierung und Umsetzung der PRSPs zeugen auf fast allen genannten Ebenen von beträchtlichen Schwächen (siehe u.a. Booth/Grigsby/Toranzo 2006, Dijkstra 2005, Driscoll/Evans 2005, Eberlei 2005). Dies ist auch auf den Grundwiderspruch des PRSP-Konzeptes zurückzuführen. Das Konzept sieht vor, dass das PRSP im Entwicklungsland in einem eigenständigen und partizipativen Prozess formuliert wird und die Geber ihre Programme an die formulierte Strategie anpassen. Am Ende des Prozesses ist jedoch die Annahme der PRSPs durch die Vorstandsebene von IWF und Weltbank verpflichtend; die Annahme ist eine Voraussetzung für die Auszahlung von Entwicklungshilfemitteln.

teln. Das vorgeschriebene „Washington signing off“ führt dazu, dass der Fokus oft eher auf der Ausarbeitung von Dokumenten für ein punktuelles Ereignis (Vorlage vor den IFI-Gremien) als auf einem langfristigen Prozess der strategischen Planung und Umsetzung einer wirksamen Armutsminderungsstrategie liegt (Küblböck/Illmer 2005).

Entgegen der Theorie, dass die Hauptverantwortung für Inhalte *und* Prozesse im Land selbst liegen soll, nehmen Geber, insbesondere IWF und Weltbank aber auch bilaterale Geber massiv Einfluss auf die Prozesse, oft zu Lasten der inländischen Akteure (Eberlei 2005). Zum Teil wurden existierende politische Prozesse der Strategieformulierung nicht als PRSP-Prozess anerkannt und mussten neu gestartet werden. Dies führte z.B. in Bolivien zu einer Destabilisierung (CIDSE 2005, Dijkstra 2005). Wie noch weiter unten ausgeführt wird das Ownership-Prinzip auch durch die weiterhin von multilateralen und bilateralen Gebern auferlegten Konditionalitäten im Zusammenhang mit der Finanzierung der Armutsminderungsstrategien untergraben.

Aus diesen Gründen erweist sich das Konzept stark als „Donor driven instrument“. PRS wurden in Interviews mit PolitikerInnen in Zentralamerika insbesondere als nützlich für das Management der Entwicklungshilfebeziehungen erachtet, als Instrument, um Geber zufriedenzustellen, nicht aber für die eigentliche Politikformulierung und Umsetzung (Dijkstra 2005). Als ein Nutzen der PRSPs wurde von nicaraguanischen PolitikerInnen auch das Besänftigen von radikaleren Forderungen von Seiten der Zivilgesellschaft gesehen, in dem sie in Konsultationen eingebunden wurden (Booth/Grigsby/Toranzo 2006).

Eine Folge aus oben genannten Punkten ist – und das bestätigen auch die bisherigen Erfahrungen – dass die PRS-Prozesse in den meisten Ländern keine breite institutionelle Verankerung erfahren haben. Außerhalb des „eisernen Dreiecks“ – Regierungsbeamte, international vernetzte NGOs und Geberorganisationen (Gould/Ojanen 2003) – ist es nur sehr unzureichend gelungen, andere Akteure einzubinden („result of almost all studies and report worldwide“ Booth/Grigsby/Toranzo 2006, 16). Ownership war oft (im besten Fall) auf einzelne Regierungen bzw. Ministerien beschränkt, und ging bei einem Regierungswechsel verloren. Eine Untersuchung dreier lateinamerikanischer Staaten (Nicaragua, Honduras und Bolivien) zeigte, dass in allen drei Ländern nach einem Regierungswechsel die neue Regierung das PRSP nicht anerkannte und verwarf. Die Erfahrungen der fehlenden Ownership werden auch durch die Evaluierungen und Reviews von IWF und Weltbank bestätigt (OED 2004, IEO 2004, World Bank/IMF 2005).

3.2. Konditionalitäten

Die rigiden Konditionalitäten von IWF und Weltbank, die den Empfängerländern als Bestandteil der Strukturanpassungsprogramme auferlegt wurden, wurden als eine wesentliche Ursache für den Misserfolg dieser Programme analysiert und waren einer der Hauptgründe für die Initiierung der PRSP-Initiative.

Sechs Jahre später ist allerdings ersichtlich, dass sich die Empfängerländer nach wie vor mit detaillierten expliziten und impliziten Konditionalitäten konfrontiert sehen (z.B. Vos/Cabezas 2005, OECD 2006) und dass sich diese sogar auf Bereiche ausgedehnt haben, die über die traditionellen ökonomischen Indikatoren hinausgehen. Etliche Studien weisen auf den Trend in Richtung Micro-Management der Internationalen Finanzinstitutionen hin (Afrodad 2006a, CIDSE 2005) bzw. auch der bilateralen Geber im Rahmen der Budget Support Programme (OECD 2006).

Das zentrale Instrument zur Finanzierung der PRSPs ist die Poverty Reduction Growth Facility (PRGF) des Internationalen Währungsfonds. Um diese konzessionellen Kredite zu erhal-

ten, müssen Empfängerländer zahlreichen Bedingungen zustimmen. Theoretisch sollten sich auch die PRGF-Kreditdokumente des IWF nach den Prioritäten der PRSPs richten, in Realität ist es zumeist umgekehrt. Zu diesem Schluss kommt auch die Evaluierungsabteilung des IWF: „there are doubts about the claim that (PRGF) program design is guided by the PRSP. In fact, the case studies suggest that the reverse influence is more common, with the PRSP drawing key elements of its macroeconomic framework from negotiations on a PRGF-supported program“ (IWF/IEO 2004, 72) siehe auch z.B. Eurodad (2003).

Eine von Afrodad durchgeführte Vergleichsstudie in 4 Ländern zeigte, dass das PRGF zu einer makroökonomischen Stabilisierung beitragen, allerdings mit hohen sozialen Kosten. So bestand der IWF in allen Fällen auf der Reduktion öffentlicher Personalausgaben. Dadurch konnte z.B. im Bildungssektor nicht genügend Personal eingestellt werden, was negative Auswirkungen auf die Qualität der Bildung hatte und Erfolge, die z.B. durch die Abschaffung von Schulgebühren erreicht wurden, wieder zunichte machen (Afrodad 2006a).

Der IWF hat sich im Rahmen der so genannten „Streamlining initiative“ im Jahr 2000 eine Reduktion seiner Konditionalitäten zum Ziel gesetzt. Eine Eurodad-Untersuchung aus dem Jahr 2003 in Nicaragua, Tansania und Sambia fand heraus, dass die Anzahl der IWF-Konditionen zurückgegangen war. Diese Reduktion kam jedoch in enger Kooperation mit der Weltbank zustande, die die früheren IWF-Konditionalitäten in ihre Kreditprogramme aufnahm (Eurodad 2003).

Nicht in allen Ländern kam es jedoch zu einem Streamlining der IWF-Konditionalitäten: So zeigte etwa ein Vergleich der Konditionalitäten zwischen den früheren ESAF-Programmen mit dem aktuellen PRGF in Äthiopien, dass die Anzahl in letzterem signifikant höher war: Die durchzuführenden Reformen beinhalteten u.a. Liberalisierung des Außenhandels, Privatisierung und die Zulassung ausländischer Banken (Afrodad 2006a).

Die Weltbank verwendet in ihren Country Assistance Strategies, die die Basis für Kreditvergabe bilden, so genannte high-, base- und low case Szenarios. Diese Szenarios werden verwendet, um die Höhe der Unterstützung festzulegen. In den Szenarios sind weiterhin orthodoxe Politikmaßnahmen vorgesehen. Je weniger der Bedingungen erfüllt werden, desto geringer fällt die Unterstützung aus.

So ist z.B. Privatisierung weiterhin eine zentrale Bedingung in den IWF bzw. Weltbank-Kreditdokumenten, obwohl die öffentliche Unterstützung dafür zumeist nicht vorhanden ist. Die PRSPs werden an diese Bedingungen angepasst. Das malawische PRSP enthielt zum Thema Privatisierung auf Druck der Geber detaillierte Vorgaben: „Beschleunigung der Privatisierung, speziell im Telekommunikations-, Energie- und Wasserbereich. Vollständige Privatisierung der beiden größten Kommerzbanken, sowie aller Mikrofinanzinstitutionen. Implementierung eines Aktionsplans für die Privatisierung der landwirtschaftlichen Vermarktungsagentur (WDM 2005, Übersetzung der Autorin). Nach dem Verkauf einer der beiden Kommerzbanken, die insbesondere Kredite an Bauern vergab, wurden sofort viele kleine Konten geschlossen und hunderte Menschen aus dem formalen Kreditsystem ausgeschlossen. Die hohe Anzahl an Konditionen, insbesondere die sich auf die Durchführung bestimmter Politikmaßnahmen beziehen („Micro-Management), führen vermehrt zu Spannungen zwischen Gebern und Empfängerländern und stellen das Prinzip der „Partnerschaft“ sowie der „Ownership“ zunehmend in Frage. Um diesen Prinzipien stärker gerecht zu werden wird nun vermehrt über die Vereinbarung von Zielvereinbarungen („outcome based conditionality“) statt struktureller Konditionalitäten diskutiert (z.B. Eurodad 2003). Die Europäische Kommission verwendet diese Form der Konditionalitäten bereits bei der flexiblen Tranche der Budgethilfe (siehe Küblböck/Six/Langthaler 2006, i.E.). Die derzeit noch zentralen strukturellen Konditionalitäten beziehen sich nicht auf Ergebnisse von politischen Maßnahmen (wie z.B.

umfassende und leistbare Wasserversorgung) sondern auf die Maßnahmen selbst (z.B. Privatisierung).

Grundsätzlich sollten weder Ziele noch Wege von den Gebern festgelegt werden, sondern von der nationalen Regierung auf Basis einer breit angelegten Beteiligung bestimmt werden. Die Rolle der Geber könnte es in diesem Zusammenhang sein, Know-how und eigene Erfahrungen bzgl. Erfolge und Misserfolge zur Verfügung zu stellen.

3.3. Effektiver Staat

Eine Voraussetzung für nachhaltige Strategieformulierung und die Herstellung von Ownership ist ein effektiver und legitimierter Staat – d.h. Regierungen und Verwaltungen, die dem Wohl der Gesamtgesellschaft verpflichtet sind. Dies kann nur durch einen nationalen politischen Prozess zustande kommen. Fehlt diese Voraussetzung, sind auch die Durchführung einer nachhaltigen Armutsminderungsagenda und die Erreichung von gesetzten Entwicklungszielen unwahrscheinlich. PRSPs spielen hier nur eine unter- (bzw. nach-) geordnete Rolle.

Die Übernahme von Eigenverantwortung für operationelle mittelfristige Entwicklungspläne scheitert in der Realität oft an den Kapazitäten der Regierung und ihrer Verwaltung. Diese Tatsache ist durch die Zurückhaltung, die sich die Internationalen Finanzinstitutionen – aufgrund des Erfolgsdrucks im Zusammenhang mit der PRSP-Initiative – bei der Beurteilung der PRSPs selbst auferlegt haben (Booth/Christiansen/de Renzio 2005, 3) nur unzureichend dokumentiert. Booth/Christiansen/de Renzio finden hier klare Worte „(...) African countries with PRSPs typically have highly balkanized administrations, with little policy coordination at cabinet level and downward (...) with a few marginal exceptions, voters do not assess candidates and governments in terms of (...) performance standards. (...) the debate about PRSP experiences tends to be conducted as if we were ignorant of these essential facts about the functioning of political systems.“

Die internationale Entwicklungspolitik hat durch unterschiedliche Praktiken in der Vergangenheit wesentlich zu einer Schwächung dieser Kapazitäten beigetragen: So wurden im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme wirtschaftspolitische Strategien und Maßnahmen oft an der Regierung vorbei direkt in den IWF-Headquarters formuliert. Die Sparvorgaben der Strukturanpassungsprogramme führten weiters in der Regel zu einer Aushöhlung des öffentlichen Sektors (Herfkens 2006, Booth/Christiansen/de Renzio 2006). Auch die Projekte der bilateralen Geber wurden lange Zeit hindurch ohne bzw. mit geringer Regierungseinbindung implementiert – die qualifiziertesten Beamten wurden zudem häufig von Geberinstitutionen oder NGOs abgeworben (Knack/Rahman 2003).

Heute gilt ein effektiver und legitimierter Staat mit funktionierenden Institutionen als wesentliche Voraussetzung für wirksame entwicklungspolitische Strategien. Neben von vielen Gebern angewandten Strategien zum Aufbau von administrativen Kapazitäten stellt sich die Frage, ob und wie Geber dazu beitragen können und sollen, die Entstehung und den Aufbau eines *legitimen* Staates zu fördern. Booth/Grigsby/Toranzo (2006) schlagen vor, politische Prozesse zu unterstützen, die in diese Richtung führen können und inkludiert hier explizit die Förderung von sozialen und Oppositionsbewegungen, wie es z.B. die Volksbewegung MAS in Bolivien war, die nun die Regierung bildet. Dieser Vorschlag stellt sicher eine umstrittene Forderung dar, da bewusste Interventionen in politische Prozesse nie unabhängig von den jeweiligen politischen Positionen der Geber erfolgen werden. Dennoch ist eine offene Diskussion über die Rolle des Staates und dessen Legitimität in den Partnerländern ein wichtiger Beitrag für die Debatte um Aid Effectiveness.

3.4. Politics matter

Als Errungenschaft der PRSP-Initiative kann gesehen werden, dass dadurch Armutsminderung als vorrangiges entwicklungspolitisches Ziel festgelegt wurde. Der PRSP-Ansatz sieht allerdings Armutsminderung oft im Wesentlichen als eine Frage der richtigen Technik. Zuerst werden das Ausmaß und die Ursachen der Armut erhoben, im Anschluss daran werden Politiken zur Armutsminderung formuliert.

Effektive Armutsminderungsstrategien erfordern ohne Zweifel umfassende inhaltliche und technische Kapazitäten. Geber können eine wesentliche Rolle beim Aufbau dieser Kapazitäten spielen. Die Formulierung und die Umsetzung der Armutsminderungsstrategien ist jedoch auch und vor allem eine politische Angelegenheit. Es geht um Macht und Einfluss, um Verteilungsfragen, um die Frage wie einflussreiche Gruppen einer Veränderung gegenüberstehen, welche Zielgruppen durch die politischen Maßnahmen gewinnen bzw. verlieren, etc. Hier spielt wieder die Frage, welche Interessen durch die jeweilige Regierung vertreten werden und ob es innerhalb der Regierung ein Interesse an Veränderung gibt, eine wesentliche Rolle. „The PRSP-experiment will work through the political systems and policy processes of the countries concerned, or it will not work at all.“ (Booth 2003, 137).

Zahlreiche Erfahrungen zeigen, dass, um effektive Änderungen zu erreichen, zumeist auch soziale Mobilisierung notwendig ist, die die bestehende Politik beeinflusst, Wahlentscheidungen herbeiführt oder Druck auf politische Entscheidungsträger ausübt (Booth/Grigsby/Toranzo 2006). Die durch das PRSP vorgesehene Einbindung der Zivilgesellschaft in relativ technische Diskussionsprozesse über Ausmaß und Ursachen von Armut sowie Maßnahmen zu ihrer Minderung muss sozialer Mobilisierung nicht zuträglich sein und kann ihr unter Umständen sogar entgegenwirken, oder wie Booth/Grigsby/Toranzo dies ausdrücken „Technification of the issue immunises against politisation.“ (Booth/Grigsby/Toranzo 2006, 10).

Die Wirksamkeit der Strategien ist daher abhängig von dem jeweiligen formellen und informellen politischen Kontext, von geschichtlichen Voraussetzungen und bestehenden Prozessen. Booth/Grigsby/Toranzo (2006) plädieren für Einfühlungsvermögen und mehr Flexibilität der Geber bei der Anerkennung von bestehenden Prozessen. Das zentrale Ziel des PRS-Ansatzes – ein Commitment der nationalen Autoritäten und wesentlichen Gruppen zur Armutsminderung kann nur politisch erreicht werden.

4. Donor Alignment and Harmonisation

Etliche Autoren (z.B. Driscoll/Evans 2004a, Vos/Cabezas 2005) merken zu diesem Thema positiv an, dass der PRSP-Ansatz dazu beigetragen hat, international das *Bewusstsein* für die Notwendigkeit einer verstärkten Anpassung und Koordination der jeweiligen Entwicklungsstrategien zu schaffen, sowie dass es erste Bemühungen in diese Richtung gibt. Die bisherigen Untersuchungen zeigen jedoch, dass, obwohl die OECD-Geber das Prinzip des Harmonisation and Alignment in der Theorie akzeptieren und unterstützen, die Umsetzung in die Praxis noch hinterher hinkt (OED 2004, Driscoll/Evans 2004a, Booth/Grigsby/Toranzo 2006, CIDSE 2005). Geber haben erst begonnen, ihre Aktivitäten stärker zu koordinieren und ihre Länderstrategien in „PRS-Sprache“ (Driscoll/Evans 2004a) zu formulieren. In einigen Ländern einigen sich die Geber zunehmend auf gemeinsame Monitoring-Prozesse für Budgethilfe.

Die erhoffte Reduktion des Koordinationsaufwands der Empfängerregierungen mit den jeweiligen Geberinstitutionen ist bis jetzt nicht eingetreten: Die Evaluierung des OED der Weltbank stellte fest, dass sich die Anzahl der Review-Prozesse, denen sich die einzelnen Län-

dem gegenüber sehen, trotz der Koordinationsbemühungen noch weiter erhöht hat und es daher zu erhöhten Transaktionskosten kommt (Weltbank/OED 2004).

Die angestrebte Anpassung der Geber an im Land formulierte Strategien und Prioritäten fand bisher ebenfalls nur in eingeschränktem Maße statt. Tendenziell wurden insbesondere die PRSPs der ersten Generation eher an Geberprioritäten angepasst als umgekehrt. Die Formulierung von kohärenten Entwicklungsstrategien erfordert oft Kapazitäten, die in den Empfängerländern nur in eingeschränktem Maße vorhanden sind. Die Unterstützung des Kapazitätenaufbaus in den Regierungen wird in diesem Zusammenhang jedoch als verbesserungswürdig bezeichnet: „Most donors have yet to make the fundamental change in practices (...) that ensure that aid helps to build rather than undermine national capacity“ (Driscoll/Evans 2004a, 9).

Das Schlagwort „Accountability“ – auf Deutsch am ehesten zu definieren als eine Mischung aus Verantwortung und Rechenschaftspflicht – kommt in den entwicklungspolitischen Debatten der letzten Jahre verstärkt vor. Die Pariser Deklaration on Aid Effectiveness spricht von „Mutual Accountability“ wenn Geber und Empfängerländer die gegenseitigen Fortschritte bei der Umsetzung von eingegangenen Verpflichtungen beurteilen.

In diesem Zusammenhang weisen z.B. Driscoll und Evans (2004b) auf den einseitigen Partnerschaftsgedanken der Geberinstitutionen hin. So werden in den Joint Staff Assessments, die den Executive Boards von IWF und Weltbank zur Einschätzung der PRSP-Fortschritte dienen sollen, zwar PRSPs sowie deren Umsetzung bewertet, nicht jedoch, ob die Geber ebenfalls ihren Zusagen und Verpflichtungen nachgekommen sind. „The government is asked to fulfil its part of the PRS bargain, without donors being required to do the same in return“ (Driscoll/ Evans 2004b, 8). „Recipients are highly accountable to donors, but donors are seldom accountable to recipients.“ (de Renzio/Mulley 2006).

Gerade von Seiten der Geber fehlt es häufig an verbindlichen vorhersehbaren Zusagen und regelmäßigen Auszahlungen. Die Zurückhaltung von Auszahlungen kann an der Nichterfüllung von vereinbarten Konditionalitäten liegen oder eine politische Entscheidung der Geber aufgrund bestimmter Vorkommnisse im Empfängerland sein, wie z.B. im erwähnten Fall von Bolivien. Ausbleibende Finanzflüsse liegen jedoch häufig auch bei z.B. administrativen Problemen auf der Geberseite. Die hohen Schwankungen bei den Auszahlungen führen – in Anbetracht der hohen Abhängigkeit von diesen Mitteln – zu einer fehlenden Planbarkeit des nationalen Budgets und Gefährdung von Sektor- und Regionalplänen (genauerer siehe Küblböck/Langthaler/Six 2006 i.E.).

Insbesondere mehrjährige Finanzierungsrahmen (multi-annual Frameworks) von Seiten der Geber wären für eine mittelfristige Budgetplanbarkeit in den Empfängerländern notwendig. Diese Finanzierungsrahmen sollten auch Vorkehrungen für das Abfangen externer Schocks beinhalten.

Um die Volatilität der Budgeteinnahmen durch unregelmäßige Auszahlungen von Entwicklungshilfegeldern zu verringern, werden von mehreren Autoren (Booth/Grigsby/Toranzo 2006, Driscoll/Evans 2004a) zusätzlich flexiblere und weniger mechanistische Ansätze von Seiten der Geber nahe gelegt, insbesondere größere Unabhängigkeit von der PRGF-Review des IWF.

Der Internationale Währungsfonds spielt im Zusammenhang mit der Gewährung von Entwicklungshilfemitteln eine besondere Rolle: Er fungiert als eine Art von „internationaler Kreditratingagentur“. Ist ein Land „off track“ mit dem IWF, erfüllt es also die Bedingungen der IWF-Programme nicht, und erhält keine Kreditauszahlungen, so sind Unterstützungen auch von anderen Gebern schwieriger zu erhalten.

Diese Rolle des IWF als „gatekeeper“ wurde deutlich, als Sambia und Malawi nicht den PRGF-Konditionalitäten entsprachen: Sambia erhielt aus diesem Grund 2003 nur halb so viele Entwicklungshilfeleistungen wie im Jahr davor, auch Malawi verzögerten die bilateralen Geber solange ihre Budgethilfe-Auszahlungen, bis der IWF bekannt gab, dass die Länder wieder im Begriff waren, seinen Anforderungen zu entsprechen (Afrodad 2006, Driscoll/Evans 2004b).

Die IWF-Finanzierung – und durch die Gatekeeper-Funtion auch andere Gelder – tendiert durch die makroökonomischen Konditionalitäten dazu, prozyklisch zu wirken, d.h. bestehende Konjunkturphasen zu verstärken, da in schwierigen wirtschaftlichen Situationen Gelder solange zurückgehalten werden bis die Kriterien wieder erfüllt sind (Vos/Cabezas 2005).

Allerdings haben mittlerweile auch bestimmte Geber ihre Unterstützung wiederaufgenommen, bevor der IWF die formale „Absolution“ dafür gab, z.B. in Malawi (Afrodad 2006). Dies könnte darauf hinweisen, dass einige Geber beginnen, sich von der zentralen Gatekeeper-Rolle des IWF entfernen und eigenen Einschätzungen Vorrang geben.

5. Inhaltliche Schwerpunkte und Qualität der PRSPs

5.1. Zusammenhang zwischen Wachstum und Armutsminderung

Der Fokus auf Armutsminderung, den die internationale Entwicklungspolitik in den letzten Jahren verstärkt hat, hat einiges dazu beigetragen, die Ursachen und Dimensionen von Armut besser zu verstehen. Bei der Frage des armutsmindernden Wachstums existiert jedoch weiterhin eine relativ hohe analytische Schwäche. Es gibt bisher keinen empirisch eindeutig feststellbaren Zusammenhang zwischen bestimmten politischen Maßnahmen und dadurch ausgelöstem armutsmindernden Wachstums (Rodrik 2004, Driscoll/Evans 2004a). In diesem Bereich sind vermehrte Forschungsanstrengungen notwendig. Hier ist der jeweilige lokale historische, gesellschaftliche, geografische und kulturelle Kontext ausschlaggebend. Eine genaue Analyse dieses Kontextes und dessen Besonderheiten unter Miteinbeziehung von bestehenden Erfahrungen ist somit Voraussetzung für wirksame Armutsminderungsstrategien. Im Zusammenhang mit dieser „analytischen Lücke“ fehlen in vielen PRSPs kohärente Strategien für die Entwicklung des produktiven Sektors. Driscoll und Evans führen dies auch auf den Druck der Geber zurück, schnelle Resultate bei einzelnen Indikatoren der Millennium Development Goals (MDGs) zu erreichen, und daher gezielten Sozialausgaben den Vorrang vor längerfristigen Maßnahmen zu geben (Driscoll/Evans 2004a).

In einer vom deutschen Südwind Institut koordinierten Untersuchung von fünf Ländern in Afrika (Kamerun, DR Kongo, Äthiopien, Ghana und Tansania) kam zu dem Ergebnis, dass in diesen Ländern Wachstum nicht wesentlich zur Armutsminderung beigetragen hat (Morazán/Knoke 2005). Die AutorInnen führen dies insbesondere auf fehlende Armutsorientierung der Fiskalpolitik sowie auf die Vernachlässigung von öffentlichen Infrastrukturinvestitionen zurück.

Eine Studie, die vom Institute for Social Studies in drei lateinamerikanischen Ländern durchgeführt wurde (Vos/Cabezas 2005) ergab, dass der ursprüngliche Fokus auf Armutsminderung, bzw. armutsminderndes Wachstum (pro-poor Growth) aufgrund der niedrigen Wachstumsraten einem fast ausschließlichen Fokus auf Wachstum gewichen ist. Dabei fehlte aber zumeist ein kohärentes Szenario inwieweit sich dieses Wachstum mittelfristig auf Armutsminderung auswirken wird. So lag z.B. in Nicaragua der ursprüngliche Schwerpunkt des PRSP auf der Schaffung von Arbeitsplätzen, ist aber danach wieder einem reinen Wachstumsfokus gewichen, der Rest solle automatisch folgen. Die Umverteilung von Ressourcen durch öffentliche Ausgaben wurde verschoben.

Ein gutes Beispiel, wie industriepolitische Maßnahmen direkt zur Armutsminderung beitragen können ist die vor kurzem stattgefundene Verstaatlichung der Gasvorkommen in Bolivien. Vos/Cabezas definierten in ihrer regionalen PRSP-Studie (2005) als wesentliche Herausforderung in Bolivien die Transformation der Gaseinnahmen in öffentliche Einnahmen. Durch diese Maßnahme wurde dies erreicht und die Steuereinnahmen stiegen beträchtlich. Die Reaktionen der Geberinstitutionen zeigen jedoch, dass eindeutig armutsmindernde Maßnahmen nicht immer auf Konsens, insbesondere auch in einem internationalen Kontext stoßen müssen, v.a. wenn wirtschaftliche Interessen im Spiel sind. So haben z.B. Frankreich und die USA aufgrund dieser Maßnahmen ihre Budgethilfe zurückgezogen (Klein/Knill 2006).

5.2. Inhaltliche Konsistenz des PRSPs

PRSPs werden wie weiter oben angeführt von den Regierungen in den Empfängerländern vor allem als Grundlage für den Erhalt von Entwicklungshilfegeldern gesehen. Aus diesem Grund enthalten die PRSPs oft eine umfassende Auflistung von verschiedenen Zielen und Maßnahmen, in denen sich jeder Geber mit seinem bestehenden Programm leicht wieder findet.

Daraus folgt, dass die Prioritätensetzung innerhalb der PRSPs oft unzureichend ist. Zumeist fehlen Indikatoren, wie die geplanten Interventionen zur Erreichung der Armutsziele beitragen sollen. PRSPs ähneln oft eher eine „List of good Intentions“ als umsetzbaren Strategien (Weltbank/OED 2004, Vos/Cabezas 2005).

Die Landfrage in den PRSPs

Ein Beispiel für oft fehlende inhaltliche Konsistenz ist die Behandlung der Landfrage in den PRSPs: Alle von Institute for Social Studies untersuchten PRSPs (Nicaragua, Bolivien, Honduras) haben das Thema ländliche Entwicklung als Schwerpunkt. Konkrete Maßnahmen zur Landverteilung oder Landreform fehlen dabei jedoch – diesem wichtigen aber machtpolitisch heiklen Thema wird in den drei untersuchten PRSPs ausgewichen.

Angesichts der extrem ungleichen Verteilung wäre in vielen Fällen eine Landreform eine Voraussetzung für wirksame Armutsminderung. Ohne eine Umverteilung von Land werden z.B. in Nicaragua die formulierten Pläne für landwirtschaftliche Entwicklung tendenziell den großen Bauern zugute kommen und kaum etwas zur Armutsminderung beitragen (Vos/Cabezas 2005). Im PRSP Nicaraguas fehlt z.B. auch eine Abschätzung der (wahrscheinlich negativen) Auswirkungen der Freihandelszone CAFTA auf die armen Bauern.

Mechanismen, die Schwankungen in der Produktion, bei Exportpreisen oder in den öffentlichen Einnahmen ausgleichen und deren negativen Auswirkungen auf die Finanzierung der PRSP-Maßnahmen und die arme Bevölkerung verhindern, fehlen in den meisten PRSPs. So zielt z.B. Nicaragua in seinem PRSP auf die Stärkung von Agrarexporten und der Maquilaindustrie ab – beide sind sehr anfällig für Marktschwankungen, deren potentielle Auswirkungen bleiben im PRSP unberücksichtigt.

Eine Konsequenz der fehlenden Operationalisierung der PRSPs sowie in der Folge auch der jährlichen Fortschrittsberichte (Annual Progress Reports – APRs) ist es, dass sich die Geber in Realität nur marginal an letzteren orientieren, da diese ihren Qualitätsanforderungen, die ihnen z.B. von Parlament oder Rechnungshof vorgegeben werden, nicht entsprechen. Stattdessen werden weiterhin eigene Assessments erstellt (PAFs) bzw. die Einschätzungen des IWF im Rahmen des PRGF übernommen. Diese entsprechen jedoch eher Geberprioritäten und enthalten weiterhin traditionelle Konditionalitäten (Driscoll/Christiansen/Booth 2005).

In diesem Zusammenhang gehen die PRSPs z.B. kaum auf „Trade offs“ ein, die zwischen kurz- und langfristigen Zielen entstehen können und enthalten die implizite Annahme, dass

die erwünschten Resultate unmittelbar eintreten. Zeitlichen Verzögerungen wird zuwenig Aufmerksamkeit gewidmet. Die Evaluierungen von IWF und Weltbank stellen weiters zu wenig Zusammenhang zwischen den in den PRSPs formulierten Zielen und den notwendigen Maßnahmen, um diese zu erreichen fest. Auch für Strategien in Richtung MDG-Erreichung bieten die PRSPs keinen ausreichende Rahmen (Weltbank/OED 2004).

5.3. Abstimmung mit Budget und nationalen Strategien

In den meisten Ländern ist eine Verbindung zwischen den im PRSP formulierten Zielen und Politiken zum nationalen Budget oder zu anderen Mechanismen, die die Realpolitik der Regierung bestimmen mehr als unklar bzw. nicht vorhanden (IWF/IEO 2004, Dijkstra 2005). So haben zum Beispiel die PRSPs in Nicaragua und Bolivien keinen Eingang in die Budgetformulierungsprozesse gefunden, was dazu führte, dass die Mittel für die im PRSP festgelegten Armutsminderungsprogramme nicht eingeplant wurden (Dijkstra 2005). Die Verankerung im Budgetprozess hätte diese Maßnahmen von politischen Veränderungen unabhängiger gemacht.

Die fehlende Verankerung armutsmindernder Maßnahmen im Budget sowie die zu geringe Ergebnisorientierung der PRSPs behindern die Transparenz- und Rechenschaftspflicht bei der Mittelverwendung sowie das Monitoring der Auswirkungen der Fiskalpolitik auf Armutsminderung.

Zudem orientieren sich die jährlichen PRSP-Fortschrittsberichte und auch die Dokumente der Geber wie die Joint Staff Assessments oder PSAs eher an den Zyklen und Terminen der Internationalen Finanzinstitutionen als an nationalen Planungs- bzw. Budgetzyklen. Dies trägt ebenfalls zum fehlenden Zusammenhang zwischen nationalen Planungen und Budgets und den PRSPs bei.

5.4. Alternative Politikoptionen

Alternative Politikoptionen, jenseits des derzeitigen wirtschaftspolitischen Mainstream der Marktöffnung und Weltmarktintegration sind in den PRSPs praktisch nicht zu finden. Dies stellt z.B. das OED der Weltbank in seiner Evaluierung fest (Weltbank/OED 2004).

Eine interessante Untersuchung führte diesbezüglich das World Development Movement (WDM) durch: 50 von Weltbank und IWF akzeptierte PRSPs wurden analysiert (WDM 2005). Untersucht wurde, inwieweit jene Politiken, die typisch für die Strukturanpassungsprogramme der 1980er und 1990er Jahre waren, in den PRSPs weiter vorkommen: Erhoben wurde zum Beispiel, ob restriktive Geld- und Fiskalpolitik, Handelsliberalisierung, (Wassersektor-) Privatisierung, Liberalisierung des Investitionsregimes, des Landwirtschaftssektors und Arbeitsmarktflexibilisierung als Politikmaßnahmen in den PRSPs enthalten sind. Die Untersuchung ergab, dass PRSPs von diesen 9 Maßnahmen im Durchschnitt sechs enthalten und das nur 11 von 450 „unorthodoxe“ Maßnahmen sind.

Die WDM-Studie stellt unter anderem fest, dass 72 % der untersuchten PRSPs Maßnahmen zur weiteren Außenhandelsliberalisierung enthalten, nur in zwei von 50 Ländern – Laos und Ghana – sah das PRSP im Bereich Außenhandel „unorthodoxe“ Politiken – eine Evaluierung bisheriger Liberalisierungspolitiken bzw. den Schutz eines bestimmten Sektors – vor. In 90 % der untersuchten PRSPs war Privatisierung als Politikmaßnahme vorgesehen, in 62 % eine Privatisierung oder größere Privatsektorbeteiligung im Wasserbereich. 64 % der untersuchten PRSPs enthielten die Absicht weitergehender Deregulierung von Investitionen, kein Dokument die potentielle Notwendigkeit einer Regulierung, um z.B. zu garantieren, dass Gewinne re-investiert werden etc. (siehe dazu Bellak/Küblböck 2004).

6. Partizipation

Etliche Studien vermerken beim Thema Partizipation positiv, dass es durch die PRS-Prozesse in etlichen Ländern zu einer Koordinierung und Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Organisationen kam und zu einem gesteigerten Bewusstsein bzgl. Mitsprachemöglichkeiten (Eberlei 2005, Driscoll/Evans 2004a, Curran 2005). In den jeweiligen Phasen des PRS-Prozesses (Erstellung, Umsetzung, Monitoring) sind sehr unterschiedliche Intensitäten der zivilgesellschaftlichen Beteiligung zu verzeichnen. In der Erstellungsphase waren zivilgesellschaftliche Akteure in unterschiedlichen Formen vertreten, eine Beteiligung ist auch Bedingung für die Annahme des PRSP von IWF und Weltbank. Es ist allerdings anzumerken, dass zwar partizipative Prozesse bei der PRSP-Formulierung eine Bedingung für deren Annahme sind, nicht jedoch, dass die Ergebnisse der Partizipation in die formulierte Strategie einfließen (Eberlei 2005).

Die Beteiligung an den PRS-Prozessen wird in diesem Zusammenhang oft als Alibi kritisiert, von effektiver Beteiligung kann selten die Rede sein. Auch wenn es bei den Beteiligungsprozessen von Land zu Land große Unterschiede gibt [z.B. Tansania und Ghana auf der einen (partizipativeren) Seite versus Kamerun und Äthiopien auf der anderen Seite (Morán/Knoke 2005)] kann man sagen, dass weiterhin Konsultation und nicht Partizipation die Regel ist. In den meisten Ländern ist es zudem unklar, ob und wie die Ergebnisse der Konsultation in die PRSPs einfließen (Eberlei 2005, Curran 2005).

Insbesondere makroökonomische Themen sowie Themen der internationalen Wirtschaftspolitik wurden oft im Rahmen der partizipativen Prozesse ausgeklammert – als z.B. zivilgesellschaftliche Organisationen in Bolivien das Freihandelsabkommen mit den USA sowie die IWF-Konditionalitäten in Frage stellen wollten, wurde ihnen mitgeteilt, dass über diese Themen nicht diskutiert werde (Curran 2005).

Untersuchungen zeigen, dass existierende Institutionen im PRSP-Prozess häufig umgangen wurden, insbesondere nationale Parlamente spielten zumeist eine mehr als untergeordnete Rolle (Eberlei 2005, Vos/Cabezas 2005, Driscoll/Evans 2004a) In Honduras wussten z.B. nur 2 % der ParlamentarierInnen etwas über die Existenz eines PRSP in ihrem Land (CIDSE 2005). Eine Beteiligung erfolgte zumeist hauptsächlich von NGOs, die ihren Sitz in der Hauptstadt haben, und international vernetzt sind. Arme Bevölkerungsgruppen oder Organisationen, die ihre Interessen vertreten wurden zumeist nicht adäquat vertreten. Eine Folge der mangelnden Partizipation ist, dass die Programme von breiten Teilen der Gesellschaft nicht mitgetragen werden (siehe Kapitel 3. Eigenverantwortung).

Gründe für die fehlende Beteiligung von Gruppen, die ev. eine Bevölkerungsmehrheit vertreten, können einerseits im Wunsch der Regierungen gesehen werden, den Prozess möglichst schnell abzuschließen, um Entschuldung oder Finanzmittel zu erhalten bzw. an einem fehlenden politischem Willen, oder fehlenden diesbezüglichen Erfahrungen und Traditionen. Ein wesentlicher Grund liegt oft auch darin, dass es vielen kleineren Organisationen an den notwendigen inhaltlichen, technischen und finanziellen Kapazitäten für eine effektive Beteiligung fehlt. Dazu kommt, zum Teil mittlerweile auch eine „participation fatigue“, insbesondere wenn nicht klar ist, ob und inwieweit eingebrachte Positionen in Politikformulierungen einfließen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Beteiligung an Partizipationsprozessen, wie die Teilnahme an Treffen, die Kommunikation über Internet oder Telefon in den meisten PRSP-Ländern gerade für Gruppen außerhalb der großen Städte oft extrem zeit- und ressourcenintensiv ist. So nahmen z.B. VertreterInnen in Bolivien für einzelne Treffen oft tagelange Busreisen in Kauf.

Driscoll und Evans (2004a) stellen zusätzlich auch fest, dass Geber dazu tendieren, Finanzierungen für politisch kontroversiellere Gruppen, wie z.B. Gewerkschaften oder Produzenten

Innenorganisationen, die direkter mit der armen Bevölkerung verbunden wären, zu vermeiden.

Als kontraproduktiv für wirksame Partizipation sieht Eberlei den Aufbau von eigenen Dialogstrukturen mit den Regierungen von Seiten der Geber, in denen eine Einbindung der Zivilgesellschaft nicht vorgesehen ist, wie z.B. Budgethilfe Arbeitsgruppen, oder die Verhandlungen der Internationalen Finanzinstitutionen bzgl. Kreditkonditionen.

In der Phase der Umsetzung spielten bisher zivilgesellschaftliche Organisationen kaum eine Rolle, hier wurden hauptsächlich Regierungsinstanzen betraut. Im PRSP-Konzept ist auch eine zivilgesellschaftliche Beteiligung beim Monitoring der Aktivitäten vorgesehen, ohne dies jedoch klar zu regeln. In dieser Phase erfolgte eine Beteiligung nur in Ausnahmefällen (z.B. Tansania) (Eberlei 2005). Eberlei empfiehlt, dass Beteiligungsprozesse insbesondere auch nach der Formulierung des PRSP auch von Geberseite unterstützt werden sollen.

7. Schlussfolgerungen

Die PRSP-Initiative hat wesentlich dazu beigetragen, das Thema Armutsminderung von internationalen Deklarationen (UN 1995, OECD 1996, UN 2000 etc.) in politische Strategien münden zu lassen, denen sowohl bilaterale und multilaterale Geber als auch Regierungen in Entwicklungsländern verpflichtet sind. Auch die Notwendigkeit einer besseren Koordination und Anpassung der jeweiligen Geberstrategien ist durch die Initiative in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt.

Bzgl. Umsetzung der Strategien ergeben sich aus bisherigen Erfahrungen jedoch wesentliche Herausforderungen. Vom zukünftigen Umgang mit diesen Herausforderungen wird es abhängen, ob die PRSP-Initiative als eine weitere Abkürzung in die Geschichte der internationalen Finanzinstitutionen eingehen und von einem wohlklingenden Folgekonzept abgelöst wird oder auch in Zukunft eine Basis für nachhaltige Armutsminderung und Entwicklung bilden wird. In der Folge werden wesentliche Herausforderungen aus den in diesem Dokument angeführten Abschnitten skizziert.

Zeitplan für die Umsetzung existierender Empfehlungen

Es ist anzumerken, dass viele der Herausforderungen, die sich für die Geber im PRSP-Prozess ergeben, auch von den Gebern, z.B. insbesondere in den Evaluierungen von IWF und Weltbank bereits festgestellt und Verbesserungen empfohlen wurden. Allerdings fehlt es oft noch an der Umsetzung. Die in den Reviews enthaltenen Empfehlungen an die Geber sollten daher an einen Zeitplan für deren Umsetzung geknüpft sein.

Ownership

Die PRSP-Prozesse waren in jenen Ländern am erfolgreichsten, wo sie sich mit existierenden nationalen Armutsminderungsprozessen die von Regierung und Gesellschaft mitgetragen wurden, deckten (Uganda, Vietnam).

Für eine Verstärkung des Ownership-Prinzips ist daher eine genaue Analyse des jeweiligen Kontextes und der bestehenden politischen Prozesse sowie mehr Flexibilität bei der Anerkennung dieser als Basis für die Kooperation notwendig. Die Pariser-Agenda bietet hier bereits eine gute Basis, da die Schwerpunkte und Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit auch an nationale Entwicklungspläne und budgetgebundene Strategien (budget related systems) angepasst werden können (Booth et al 2006), auch wenn diese nicht den formalen PRSP-Voraussetzungen entsprechen. „Agencies should individually and collectively get into

the habit of thinking about carrying forward the PRS *approach* rather than the PRS in a country” (Booth et al 2006, 8).

Die verpflichtende Annahme des PRSP durch die Internationalen Finanzinstitutionen widerspricht dem Prinzip des Ownership und sollte aufgegeben werden. Weiters sollten sich die Finanzierungsinstrumente der Geber auch in der Praxis an den im Land festgelegten Prioritäten orientieren.

Konditionalitäten

Konditionalitäten sollten auf Transparenz und finanzielle Rechenschaftspflicht sowie die Verfolgung von Armutsminderungszielen beschränkt werden. An Stelle der strukturellen Konditionalitäten sollten Zielvereinbarungen treten. Die Strategien zur Zielerreichung sollten im Land selbst bestimmt werden (s.o.). Jede Konditionalität soll auf national entwickelten Programmen basieren und einer öffentlichen Debatte unterzogen werden.

Alternative Politikoptionen

Die Wahl alternativer Politikoptionen sollte in diesem Zusammenhang zugelassen und unterstützt werden, auch wenn diese nicht im unmittelbaren wirtschaftlichen Eigeninteresse der Geber sind. Insbesondere die Wahl einer gezielten Industriepolitik sollte gefördert und durch Know-how Transfer unterstützt werden.

Mehrjährige Finanzierungsverpflichtungen

Das Budget praktisch aller PRSP-Länder ist stark von Geberleistungen abhängig. Um eine mittelfristige Planbarkeit zu erreichen, die für einen Entwicklungsplan unumgänglich ist, sind mehrjährige Finanzierungsrahmen (multi-annual Frameworks) von Seiten der Geber notwendig. Diese Finanzierungsrahmen sollten auch Vorkehrungen für das Abfangen externer Schocks beinhalten.

In diesem Zusammenhang sollte auch darauf geachtet werden, prozyklische Effekte (die Verstärkung einer schwierigen wirtschaftlichen Lage durch das Aussetzen von Entwicklungshilfezahlungen) zu vermeiden.

Mobilisierung von Mitteln für Investitionen

Für nachhaltige Armutsminderungsstrategien und insbesondere als Basis für die Entwicklung eines produktiven Sektors sind beträchtliche Investitionen in Infrastruktur (Verkehr, Energie, Telekommunikation, etc.) notwendig. Diese Investitionen sind kostenintensiv, die unmittelbare Wirkung wird erst längerfristig spürbar. Die restriktiven makroökonomischen Vorgaben der Internationalen Finanzinstitutionen stehen so in unmittelbarem Widerspruch zum expansiven Finanzierungsbedarf fast aller PRSP-Länder.

Um nicht wieder in eine Verschuldungsfalle zu rutschen, sind längerfristige Strategien zur Abschätzung der Finanzierungsbedarfs und der jeweiligen Möglichkeiten, diesen abzudecken nötig.

In den meisten Ländern wird die inländische Steuerbasis nicht ausreichen, um diesen Finanzierungsbedarf zu decken. Die Absichtserklärungen der Geber zur drastischen Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung sollten sich dringend in konkreten Leistungen niederschlagen.

Gleichzeitig ist auch sowohl technische als auch politische Unterstützung bei der Umsetzung von Strategien zur Mobilisierung von vorhandenen inländischen Ressourcen für notwendige

Investitionen gefragt. Dies betrifft z.B. Länder, die reich an natürlichen Ressourcen sind, und wo diese aber nicht der Bevölkerungsmehrheit zugute kommen, oder auch Länder, in der eine extreme Einkommens- und Vermögensungleichheit vorherrscht, und wo der Beitrag der vermögenden Bevölkerungsschicht zur Staatsfinanzierung gering ist.

Partizipation

Breite partizipative Prozesse benötigen vermehrtes Know-how und Bewusstsein auf Seiten der Zivilgesellschaft über makroökonomische und politische Zusammenhänge. Hier sind vermehrte Anstrengungen sowohl von Geberseite als auch von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Norden gefragt.

Voraussetzung für effektive Partizipation ist jedoch vor allem der politische Wille der jeweiligen Regierungen sowie die Bereitschaft der Geber, diese Prozesse zu unterstützen und heterodoxe Politikvorschläge zu akzeptieren. Wenn es weiterhin nicht klar ist, ob und wie die Ergebnisse dieser Prozesse in die politischen Strategien einfließen, wird das Hauptergebnis zunehmend „participation fatigue“ lauten.

Literatur

Afrodad (2005). Impact of the poverty reduction growth facility (PRGF) on social services in Malawi. Online in Internet:
<http://www.afrodad.org/downloads/publications/Malawi%20%20Study.pdf> (Stand: 23.6.2006)

Afrodad (2006a). Assessing the Impact of the PRGF on Social Service in Selected African Countries. A Synthesis Report on Ethiopia, Malawi, Zambia and Tanzania. Online in Internet:
<http://www.afrodad.org/downloads/publications/PRGF%20Synthesis.pdf> (Stand: 23.6.2006)

Afrodad (2006b). Impact of the poverty reduction growth facility (PRGF) on social services in Zambia. Online in Internet:
<http://www.afrodad.org/downloads/publications/2006%20Zambia%20Final%20Edited%20Draft%20PRGF.pdf> (Stand: 23.6.2006)

Bellak, Christian/Karin Küblböck (2004). Bilaterale Investitionsschutzabkommen, Direktinvestitionen und die Interessen der Entwicklungsländer, in: ÖFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte, Analysen, Informationen, Wien, 17-29.

Booth, David (2003). Are PRSPs Making a Difference? The African Experience, Overview and Introduction, in World Development Review 2003, 21 (2), 131-159

Booth, David (2005). Missing Links in the Politics of Development: Learning from the PRSP Experiment. ODI Working Paper 256, Online im Internet:
http://www.odi.org.uk/publications/working_papers/wp256.pdf (Stand: 23.6.2006)

Booth, David/Arturo Grigsby/Carlos Toranzo (2006). Politics and Poverty Reduction Strategies: Lessons from Latin American HIPC's. Overseas Development Institute - Working Paper 262, London. Online in Internet:
http://www.odi.org.uk/Publications/working_papers/wp262.pdf (Stand: 23.6.2006)

Booth, David/Karin Christiansen/Paolo de Renzio (2005): Reconciling Alignment and Performance in Budget Support Programs: What next?, Online im Internet:
<http://siteresources.worldbank.org/PROJECTS/Resources/40940-1114615847489/reconcilingalignmentandpreformance.pdf> (Stand 23.6.2006)

Christiansen, Karin/Ingie Hovland (2003). The PRSP Initiative: Multilateral Policy Change and the Relative Role of Research, London. Online in Internet:
http://www.odi.org.uk/rapid/Publications/RAPID_WP_216.htm (Stand: 23.6.2006)

CIDSDE/Caritas Internationalis (2004). PRSP as Theatre - backstage policy-making and the future of the PRSP approach. A CIDSE - Caritas Internationalis Background Paper. Online in Internet: <http://www.cidse.org/docs/200409271723027101.pdf> (Stand: 23.6.2006)

CIDSE/Caritas Internationalis (2005). CIDSE / Caritas Internationalis (CI) Submission to World Bank / IMF - 2005 PRS Review, Brüssel.

Curran, Zaza (2005). Civil society participation in the PRSP: the role of evidence and the impact on policy choices. PPA Synthesis Study, London. Online in Internet:
<http://www.sed.manchester.ac.uk/idpm/research/events/ngo2005/documents/Curran.pdf> (Stand: 23.6.2006)

De Renzio, Paolo (2005). The primacy of domestic politics: Ethiopia and Uganda, what next with aid? Online in Internet: <http://blogs.odi.org.uk/blogs/2005/archive/2006/01/20/118.aspx> (Stand: 23.6.2006)

De Renzio, Paolo/Sarah Mulley (2006). Promoting Mutual Accountability in Aid Relationships. ODI Briefing Paper (April 2006), London. Online in Internet: <http://www.dfid.gov.uk/mdg/aid-effectiveness/newsletters/mutual-accountability-synthesis.pdf> (Stand: 23.6.2006)

Dijkstra, Geske (2005). 'The PRSP Approach and the Illusion of Improved Aid Effectiveness: Lessons from Bolivia, Honduras and Nicaragua', *Development Policy Review*, 23(4), Juli.

Driscoll, Ruth/Alison Evans (2004a). Second Generation Poverty Reduction Strategies. Online in Internet: <http://www.odi.org.uk/prspsynthesis/synthesis10.pdf> (Stand: 23.6.2006)

Driscoll, Ruth/Alison Evans (2004b). PRSP Annual Progress Reports and joint Staff Assessments, ODI briefing note 9. Online in Internet: <http://www.prspsynthesis.org/brief9.pdf> (Stand: 23.6.2006)

Driscoll, Ruth/Karin Christiansen/David Booth (2005): Progress Reviews and Performance Assessment in Poverty Reduction Strategies and Budget Support, ODI, online: http://www.odi.org.uk/publications/reports/JICA_report_web.pdf

Eberlei, Walter (2005). Armutsbekämpfung ohne Empowerment der Armen? Venro. Online im Internet: <http://www.venro.org/publikationen/archiv/PRSP%20WEB%20Dt.pdf> (Stand: 23.6.2006)

EURODAD (2003). Streamlining of structural conditionality - What has happened? Online in Internet: <http://www.eurodad.org/articles/default.aspx?id=458> (Stand: 23.6.2006)

Foster, Mick/Tony Killick (2006). What would doubling aid do for macroeconomic management in Africa? ODA Briefing Paper (April 2006), London. Online in Internet: http://www.odi.org.uk/publications/working_papers/wp264.pdf (Stand: 23.6.2006)

Gould, Jeremy/Julia Ojanen (2003). Merging in the Circle: the Politics of Tanzania's Poverty Reduction Strategy, Policy Papers 2/2003, University of Helsinki, Institute of Development Studies. Online im Internet: <http://www.valt.helsinki.fi/kmi/policy/merging.pdf> (Stand 23.6.2006)

Hayes, Lucy/Hetty Kovach (2006). Nicaragua and Honduras Country Update. Online in Internet: <http://www.eurodad.org/uploadstore/cms/docs/NicaraguaandHondurasCountryUpdate2006.doc> (Stand: 23.6.2006)

Hermele, Kenneth (2005). The Poverty Reduction Strategies. Forum Syd, Stockholm.

Hewitt, Adrian/Ian Gillson (2003). A Review of the Trade and Poverty Content in PRSPs and Loan-Related Documents, London. Online in Internet: [http://wbln0018.worldbank.org/eurvp/web.nsf/Pages/Paper+by+Gillson/\\$File/IAN+GILLSON.PDF](http://wbln0018.worldbank.org/eurvp/web.nsf/Pages/Paper+by+Gillson/$File/IAN+GILLSON.PDF) (Stand: 23.6.2006)

IWF/IEO (2004). Evaluation of the IMF's Role in the Poverty Reduction Strategy Papers and the Poverty Reduction and Growth Facility', Online im Internet: <http://www.imf.org/External/NP/ieo/2004/prspgrf/eng/report.pdf> (Stand 10.8.2006)

Jones, Tim/Hardstaff, Peter (2005). Denying democracy. How the IMF and World Bank take power from people. Online in Internet: <http://www.wdm.org.uk/democracy/democracy.doc> (Stand: 23.6.2006)

Klein, Wolfram/Philipp Knill (2006). Budgethilfe und politische Instabilität, in E+Z 7/2006, S. X

Kilick, Tony (1998). Aid and the Political Economy of Policy Change, ODI, Routledge

Küblböck, Karin/Alexandra Illmer (2005). Evaluierung der PRSPs durch Independent Evaluation Office des IWF und Operations Evaluation Department der Weltbank. Factsheet, Wien. Online in Internet: <http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/factsheet.pdf> (Stand: 23.6.2006)

Morazán, Pedro/Irene Knoke (2005). PRSP is about People. Experiences and reflections with partner organisations in five African countries. Brot für die Welt/MISEREOR/eed. Online in Internet: http://www.eed.de/fix/files/doc/eed_PRSP_about_people_2006_eng.pdf (Stand: 23.6.2006)

OECD (1996): Shaping the 21st Century, Online in Internet: <http://www.oecd.org/dataoecd/23/35/2508761.pdf> (Stand: 23.6.2006)

OECD (2006): Evaluation of General Budget Support: Synthesis Report. Online im Internet: <http://www.oecd.org/dataoecd/42/38/36685401.pdf> (10.8.2006)

Overseas Development Institute (2004). PRSP Annual Progress Report and Joint Staff Assessment - A Review of Progress. Online in Internet: <http://www.prpsynthesis.org/brief9.pdf> (Stand: 23.6.2006)

Overseas Development Institute (2004). Second Generation Poverty Reduction Strategies. PRSP Monitoring & Synthesis Project, London. Online in Internet: <http://www.prpsynthesis.org/synthesis10.pdf> (Stand: 23.6.2006)

OXFAM (2004). From ‚Donorship‘ to Ownership? Moving Towards PRSP Round Two. Online in Internet: <http://www.un-ngls.org/cso/OxfamV1.pdf> (Stand: 23.6.2006)

Parliamentary Centre/GTZ (2005). PRSPs in Africa: Parliaments and Economic Policy Performance, Eschborn. Online in Internet: http://www.parlcent.ca/africa/papers/GTZ%20Final%20Publication_EN.pdf (Stand: 23.6.2006)

Rodrik, Dani (2004). Rethinking Growth Policies in the Developing World. Harvard. Online in Internet: http://ksghome.harvard.edu/~drodrik/Luca_d_Agliano_Lecture_Oct_2004.pdf (Stand: 23.6.2006)

Rodrik, Dani (2006). Goodbye Washington Consensus, Hello Washington Confusion? Online in Internet: http://ksghome.harvard.edu/~drodrik/Lessons%20of%20the%201990s%20review%20_JEL_.pdf (Stand: 23.6.2006)

Strickner, Alexandra/Monika Vögel (2003). „PRSP“ als Strategie zur Armutsbekämpfung. Eine Analyse, Wien. Online in Internet: http://www.oefse.at/download/prsp_informationen.pdf (Stand: 23.6.2006)

Vereinte Nationen (1995): Report fo the World Social Summit for Social Development Online im Internet:

<http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N95/116/51/PDF/N9511651.pdf?OpenElement>
(Stand: 23.6.2006)

Vereinte Nationen (UN) (2000) Millenium Declaration. Online im Internet:

<http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.htm> (Stand 23.6.2006)

VENRO (2005). 2015 aktuell, Nr. 11/2005, Berlin.

VENRO (2005). Armutsbekämpfung ohne Empowerment der Armen? Gesellschaftliche Partizipation bei der Umsetzung von Strategien der Armutsbekämpfung (PRS) bleibt hinter Notwendigkeiten und Möglichkeiten zurück. Online in Internet:

<http://www.venro.org/publikationen/archiv/PRSP%20WEB%20Dt.pdf> (Stand: 23.6.2006)

VENRO (2006). PRSP-Watch Länderprofil Mosambik. Online in Internet: <http://www.prsp-watch.de/> (Stand: 23.6.2006)

VENRO (2006). PRSP-Watch Länderprofil Nicaragua. Online in Internet: <http://www.prsp-watch.de/> (Stand: 23.6.2006)

VENRO (2006). PRSP-Watch Länderprofil Uganda. Online in Internet: <http://www.prsp-watch.de/> (Stand: 23.6.2006)

Vos, Rob/Maritza Cabezas (2005). Illusions and Disillusions with Pro-Poor-Growth. Poverty Reduction Strategies in Bolivia, Honduras and Nicaragua. Sida. Online in Internet:

http://www.sida.se/shared/jsp/download.jsp?f=SIDA4619en_Illusions+web.pdf&a=3408
(Stand: 23.6.2006)

World Bank / International Monetary Fund (2005). Synthesis 2005 Review of the PRSP Approach: Balancing Accountabilities and Scaling Up Results, Washington D.C. Online in Internet:

http://siteresources.worldbank.org/INTPRS1/Resources/PRSP-Review/Synthesis_2005_PRS_Review.pdf (Stand: 23.6.2006)

World Bank Operations Evaluation Department/IMF Independent Evaluation Office (2005). The Poverty Reduction Strategy Initiative. Findings from 10 Country Case Studies of World Bank and IMF Support, Washington D.C.

World Development Movement (WDM) (2005). One size for all - A study of IMF and World Bank PRS Strategies. Online in Internet: <http://www.wdm.org.uk/onesize.pdf> (Stand: 23.6.2006)